

## Antrag

**der Abgeordneten Renata Alt, Bijan Djir-Sarai, Alexander Graf Lambsdorff, Olaf in der Beek, Alexander Kulitz, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Frank Müller-Rosentritt, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser und der Fraktion der FDP**

### **Für eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses – Zweistaatenlösung als Chance auf Sicherheit und Stabilität in der Region erhalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Israel und Deutschland sind in engster Freundschaft verbunden. Diese Freundschaft und das Vertrauen zwischen beiden Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern sind heute ein historischer Glücksfall, der nach dem Zivilisationsbruch der Shoah kaum mehr möglich erschien. Deutschland trägt deshalb auch in Zukunft eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat sind und bleiben deutsche Staatsräson und damit ein Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Die Sicherheit Israels als einziger Demokratie im Nahen Osten ist aber nahezu untrennbar mit der Stabilität und dem Frieden in der Region insgesamt verbunden. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, den Kräften im Nahen und Mittleren Osten entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen oder die Sicherheit Israels offen bedrohen. Der Deutsche Bundestag verurteilt in diesem Zusammenhang die Hassbotschaften des iranischen Obersten Führers Ayathollah Khamenei gegenüber Israel auf das Schärfste und fordert die Bundesregierung auf, gegenüber der iranischen Führung mit Nachdruck ein Ende der aggressiven Regionalpolitik des Iran und der mit dem Iran engverbundenen Hisbollah einzufordern.
2. Die diplomatischen Bemühungen um Lösungen im israelisch-palästinensischen Konflikt konnten in den vergangenen Jahren keinerlei relevante Erfolge erzielen. In der internationalen Gemeinschaft herrscht dennoch weiterhin Einigkeit darüber, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nur im Wege einer sogenannten Zweistaatenlösung, zu der sich die Konfliktparteien im Abkommen von Oslo 1993 bekannt haben, und unter Achtung des Völkerrechts friedlich beigelegt werden kann. Der Deutsche Bundestag teilt diese Überzeugung und bekräftigt seine Auffassung, dass eine Zweistaatenlösung bislang den einzigen Weg aufzeigt, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des jüdischen und demokratischen Staates Israel zu garantieren und andererseits die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen Staates Palästina zu ermöglichen.

3. Eine Wiederbelebung des Friedensprozesses ist auch im palästinensischen Interesse. Nur eine friedliche Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts kann auch für die palästinensische Seite dauerhaft Stabilität und Sicherheit garantieren. Diplomatische Bemühungen der palästinensischen Führung, eine einseitige Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas zu erreichen, stellen hierfür ein erhebliches Hindernis dar und gefährden die Chance auf eine Zweistaatenlösung. Die palästinensische Führung ist aufgerufen, auf jede Form von Gewalt zu verzichten, aktiv und konstruktiv mit eigenen Initiativen zu einer Wiederbelebung der Verhandlungen zur Lösung des Konflikts beizutragen und sich diplomatischen Gesprächen nicht grundsätzlich zu verweigern. Vor diesem Hintergrund ist es ein Schritt in die richtige Richtung, dass die Führung in Ramallah jüngst dem Nahostquartett signalisiert hat, zur Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen mit Israel bereit zu sein, sollte Israel von einseitigen Annexionen absehen.
  4. Die neue israelische Regierung unter Leitung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und dem neuen Verteidigungsminister Benjamin Gantz hat im gemeinsamen Koalitionsvertrag die Absicht verankert, ab dem 1. Juli 2020 Teile des Westjordanlandes annektieren zu wollen. Bezugspunkt für diese Absicht ist der von der US-Administration im Januar 2020 vorgelegte Plan „Peace to Prosperity: A Vision to Improve the Lives of the Palestiniann and Israeli People.“ Auch wenn die Details der israelischen Pläne noch nicht vorliegen, ist die Ankündigung durch die israelische Regierung bereits Anlass zur Sorge. Eine einseitige Annexion hätte weitreichende Folgen für die diplomatischen Bemühungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und damit für die Sicherheit Israels und die Stabilität in der gesamten Region. Die Entscheidung, Teile des Westjordanlandes zu annektieren, würde nicht nur die Möglichkeit gefährden, im Rahmen von zukünftigen Verhandlungen eine Zweistaatenlösung zu erreichen und umzusetzen. Auch würde der Schritt langjährig bestehende Friedensverträge Israels mit Jordanien und Ägypten unter Druck setzen – und damit die Sicherheit Israels unmittelbar gefährden. Eine einseitige Erklärung israelischer Souveränität über Teile des Westjordanlandes stünde zudem nicht im Einklang mit internationalem Recht.
  5. Deutschland übernimmt am 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft und damit außenpolitische Verantwortung innerhalb der Europäischen Union. Eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im israelisch-palästinensischen Konflikt sollte auf der außenpolitischen Agenda der Bundesregierung in den kommenden sechs Monaten Priorität haben. Die Bundesregierung sollte deshalb gemeinsam mit den europäischen Partnern, im Dialog mit den USA, den Vereinten Nationen und relevanten Akteuren in der Region, wie Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten, mit Nachdruck für neue Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern werben. Der Deutsche Bundestag äußert die Erwartung, dass die Bundesregierung sich im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft dafür einsetzt, dass auf deutscher und europäischer Ebene von einseitigen Sanktionen oder Sanktionsandrohungen gegenüber Israel Abstand genommen wird, da solche Maßnahmen die übergeordneten Bemühungen um die Wiederbelebung des Friedensprozesses gefährden könnten.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. weiterhin für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als jüdischer und demokratischer Staat als Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik einzutreten und konsequent allen Kräften im Nahen und Mittleren Osten entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen oder die Sicherheit Israels offen bedrohen;

2. ihre Bemühungen zur Stabilisierung der gesamten Region zu intensivieren, auch um zu verhindern, dass Nachbarstaaten Israels als Nährboden für Terrororganisationen und Milizen dienen könnten;
3. sich gegenüber der iranischen Führung mit Nachdruck für ein Ende der aggressiven Regionalpolitik des Iran und der mit dem Iran engverbundenen Hisbollah und anderer iranischer Proxy-Organisationen einzufordern;
4. jede Form von Hass- und Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel aufs Schärfste zu verurteilen;
5. an einer verhandelten Zweistaatenlösung als Chance zur friedlichen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts festzuhalten und sich gemeinsam mit den europäischen Partnern und im Dialog mit den USA dafür einzusetzen, dass keine einseitigen Schritte unternommen werden, welche die Möglichkeit auf Umsetzung einer verhandelten Zweistaatenlösung gefährden;
6. die palästinensische Führung mit Nachdruck zum Verzicht auf jede Form von direkter oder indirekter Gewalt gegenüber Israel aufzufordern und bilateral sowie im EU-Rahmen gegenüber der palästinensischen Seite eindringlich die Erwartung zu äußern, dass sich die palästinensische Seite in zukünftigen Verhandlungen über den israelisch-palästinensischen Konflikt aktiv und konstruktiv beteiligt;
7. gegenüber der neuen israelischen Regierung mit Respekt und in Freundschaft der Sorge Ausdruck zu verleihen, dass eine einseitige israelische Annexion von Teilen des Westjordanlandes die Sicherheit Israels und die Stabilität in der Region gefährden und die Aussicht auf eine Zweistaatenlösung beenden könnte;
8. sich gegenüber den europäischen Partnern und im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, dass die Europäische Union sich aktiv und im Dialog mit den USA, den Vereinten Nationen und relevanten Akteuren in der Region, wie Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten, mit Nachdruck um eine Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses bemüht und gleichzeitig von einseitigen Sanktionen oder Sanktionsdrohungen gegenüber Israel im Fall einer möglichen Annexion von Teilen des Westjordanlandes absieht;
9. sich verstärkt in internationalen Organisationen für den Schutz Israels und der legitimen Interessen Israels einzusetzen;
10. sich weiterhin aktiv für die Vertiefung der engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel einzusetzen und die gemeinsame zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter auszubauen;
11. der Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland, in Europa und international mehr Aufmerksamkeit zu widmen und diesen Formen der Menschenverachtung mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegenzutreten.

Berlin, den 30. Juni 2020

**Christian Lindner und Fraktion**

